



Hasim Sancar und Natalie Imboden wieder in den Grossen Rat! Für ein solidarisches, feministisches und grünes Bern!

STAND ●
Rahel Ruch und Ursina Anderegg
● **Grosser Rat: Erste Wahl fürs Klima**

MITTEL ●
Markus Heizer
● **GB-Politik in Stadt und Kanton verzahnen**

SICHT ●
Hasim Sancar
● **Die Jugend ist unsere Zukunft!**

Grosser Rat: Erste Wahl fürs Klima

Nach den letztjährigen, erfolgreichen städtischen Wahlen stehen bereits die nächsten Wahlen vor der Tür. Am 27. März 2022 sind Regierungs- und Grossratswahlen. Das GB ist mit einer starken Liste von 20 hochmotivierten Grossratskandidat_innen in den Startlöchern, um den Kanton Bern ökologischer, solidarischer und feministischer zu machen.



GB-Grossratskandidat_innen (in der ausgelosten Listenreihenfolge): Natalie Imboden, Hasim Sancar, Regula Bühlmann, Jelena Filipovic, Rahel Ruch, Ursina Anderegg, Lea Bill, Daniel Carvalho de Seixas, Rahel Imobersteg, Thomas Leibundgut, Anna Leissing, Katharina Gallizzi, Franziska Geiser, Vanessa Salamanca, Sarah Rubin, Benjamin Zumbühl, Seraphine Iseli, Mirjam Arn, Markus Heinzer, Christof Steinmann

Das GB hat an der Mitgliederversammlung im August die Kandidat_innen für den Grossen Rat nominiert. Neben den beiden bisherigen Grossrät_innen Hasim Sancar und Natalie Imboden treten auch die drei Stadträtinnen Regula Bühlmann, Jelena Filipovic und Rahel Ruch als Spitzenkandidatinnen für das GB an. Zusammen mit weiteren linksgrün gut vernetzten Kandidat_innen ist die attraktive Liste für den Wahlkreis der Stadt Bern komplett. Die Reihenfolge auf der Liste haben wir unter den Bisherigen, den weiteren drei Spitzenkandidatinnen sowie unter den anderen 15 Kandidierenden ausgelost.

Mit den drastischen Unwettern in diesem Sommer sollte endgültig allen klar sein: Der Klimawandel hat spürbare Auswirkungen – auch im Kanton Bern. Und auch die soziale Krise hält an: Gerade in der Pandemie werden die Folgen der kantonalen Abbaupolitik immer sichtbarer. Familien müssen jeden Franken umdrehen, die Belastung des Pflegepersonals ist unerträglich geworden und die Sparpolitik bremst wirtschaftliche Innovationen. Das Grüne Bündnis ist deshalb fest entschlossen, sich mit aller Kraft für den längst fälligen öko-sozialen Wandel im Kanton Bern zu engagieren. Wir wollen deshalb mindestens einen zusätzlichen Sitz im Wahlkreis Stadt Bern gewinnen.

Die Arbeiten des Wahlausschusses laufen schon auch Hochtouren. Wir freuen uns mit allen GB-Aktiven und Sympathisant_innen gemeinsam auf der Strasse und im Netz mit kreativen Aktionen möglichst viele Leute für die Wahlen am 27. März zu motivieren und ihre Stimme dem GB und den grün-roten Regierungsratskandidat_innen zu geben – allen voran der grünen Bildungs- und Kulturdirektorin Christine Häsler!

Rahel Ruch, Ursina Anderegg, Co-Präsidentinnen GB

Abstimmungen vom 28. November

Stadt

- **JA** zur Überführung des Alters- und Pflegeheims Kühlewil in eine neue Trägerschaft
- **JA** zur Einführung des Farbsack-Trennsystems und gesunde Nahrung
- **JA** zum Budget 2022 der Stadt Bern
- **JA** zur Bauordnungsrevision I: Zwischennutzungen
- **JA** zur Bauordnungsrevision II: Nutzung und Gestaltung der Laubengeschosse in der Altstadt

Kantonal

- Keine Abstimmungen

National

- **JA** zur Volksinitiative «Für eine starke Pflege»
- **NEIN** zur Volksinitiative «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)»
- **JA** zum Covid-19-Gesetz

Budget 2022: Erfolgreicher Widerstand gegen Abbauvorhaben



«Die Prioritäten der Sparapostel_innen in Stadt- und Gemeinderat sind falsch gesetzt: Schulden können abgebaut, aber weggesparte Kulturangebote nicht wiederhergestellt, die Klimakatastrophe nicht rückgängig gemacht werden. Und für Berns Bewohner_innen und das städtische Personal haben sogenannte Haushaltsverbesserungsmassnahmen in erster Linie Verschlechterungen zur Folge.»

Seit die Steuereinnahmen 2019 unter dem Budget lagen, betreibt der Gemeinderat eine stramm bürgerliche Sparpolitik. Das GB verwehrt sich der finanzpolitischen Schwarzmalerei und konnte in der Budgetberatung im Stadtrat deren schlimmste Auswirkungen abwenden.

In der Budgetberatung hat die Fraktion GB/JA! einen Teil der Sparmassnahmen verhindern können. Der Stadtrat hat neben Stadtgalerie und Lorrainebad u.a. auch die Jugendkulturpauschale, die Tagesschulen und die Schulsozialarbeit verschont. Nicht gefolgt ist das Parlament der Fraktion GB/JA! beim Klimaschutz: Ausgerechnet in der Stadt, die das kantonale Klimareglement am deutlichsten angenommen hat, sollen Projekte wie die klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung weggespart werden.

Das Budget 2022 sieht weiterhin Einsparungen von gut 30 Mio. Fr. vor. Da der Stadtrat die schlimmsten Abbauvorhaben in den wichtigen Bereichen Kultur und Soziales abgewehrt hat, empfiehlt das

GB das Budget trotzdem zur Annahme. Doch wir bleiben dran: Seitdem der Gemeinderat und die bürgerlichen Parteien den Steuereinbruch 2019 vorschnell zu einer Trendwende umgedeutet haben, folgt ein Sparpaket dem anderen. Das GB hat sich der finanzpolitischen Schwarzmalerei von Anfang an verwehrt – zu Recht: 2020 verbuchte Bern Steuereinnahmen in Rekordhöhe und im September wurde kommuniziert, dass die Steuereinnahmen auch 2021 20 Mio. Fr. über Budget liegen dürften. Das Ausmass der Sparvorhaben ist somit nicht mehr zu rechtfertigen. Der Gemeinderat muss dem Stadtrat Bericht erstatten, auf welche Massnahmen er verzichten will. Denn die Aufgabe der Stadt ist es nicht, zu sparen, sondern den Bewohner_innen ein anständiges Leben zu ermöglichen.

Regula Bühlmann, GB-Stadträtin, Co-Fraktionschefin



«Zwischennutzungen sind ökologisch sinnvoll und tragen zu einer lebendigen Stadt bei: Sie helfen, Leerstand zu vermeiden, regen an, ums Eck zu denken und stehen nicht zuletzt für gesellschaftlichen Wandel. Vegan kochen in einer ehemaligen Metzgerei hat Symbolkraft! Zwischennutzungen ermöglichen, die Stadt neu zu denken, unbekannte Winkel zu entdecken und sind eine Massnahme zur Verdichtung der Stadt.»

Zwischennutzen wird einfacher

Zwischennutzungen bieten Möglichkeiten zum Experimentieren und Lernen und sind breit akzeptiert. Mit der Teilrevision der Bauordnung, über die wir am 28. November abstimmen, sollen sie künftig leichter umsetzbar sein.

Manche Zwischennutzungen kommen und gehen – manche aber bleiben. Während einige als Besetzung anfangen und zu einer nicht mehr wegzudenkenden Institution werden, verschwinden andere wieder, weil die Liegenschaft ihre (vorerst) finale Nutzung findet. Und dann gibt es noch jene Zwischennutzungen, die wir alle gar nicht kennen, weil sie wegen zu hohen bewilligungstechnischen Hürden nie umgesetzt werden.

Eigentlich sind sich fast alle einig, dass Zwischennutzungen etwas Sinnvolles sind: So ermöglichen sie, an einem bestimmten Ort eine bestimmte Nutzung zu testen. Bei der Renovation eines anderen Gebäudes können sie einfache Übergangslösungen bieten. Und nicht zuletzt bieten sie für Kulturschaffende

und Jugendliche wichtige Freiräume. Was aber ändert sich durch die vorgeschlagene Teilrevision der Bauordnung? Zwischennutzungen werden neu als «alle Arten von befristeten Nutzungen» definiert und ihre Dauer auf 5 Jahre plus 3 Jahre Verlängerung festgelegt. Zudem gelten Zwischennutzungen grundsätzlich als zonenkonform, sofern damit eine öffentliche Aufgabe erfüllt oder die betroffene Liegenschaft nicht mehr für die ursprünglich bewilligte Nutzung benötigt wird. Diese Regelung soll zu kürzeren und weniger komplizierten Bewilligungsverfahren führen.

Obwohl die Teilrevision nicht auf alle offenen Fragen in Bezug auf Zwischennutzungen Antworten bietet, stellt sie einen guten Ansatz dar, um dem Bedürfnis nach unkomplizierten Bewilligungen in der Stadt Bern nachzukommen.

Seraphine Iseli, GB-Stadträtin

GB-Politik in Stadt und Kanton verzahnen

Heiner Busch: Bern hat einen wichtigen Verteidiger der Grundrechte verloren

Heiner Busch hat den Kampf gegen den Krebs leider verloren und unsere Welt am 21. September 2021 verlassen. Unsere Trauer ist gross und unsere Gedanken sind bei seinen Liebsten. Wir, unsere Stadt Bern, die Schweiz hat mit seinem Tod eine wegweisende Stimme für Gleichberechtigung und Grundrechte verloren. Heiner schrieb in Deutschland und in der Schweiz in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften (z. B. bei der WOZ). Er nahm die Polizeiarbeit aus einer Grund- und Menschenrechtsperspektive kritisch unter die Lupe. Ebenso kritisch beurteilte er die zunehmende Überwachung des öffentlichen Raums und unserer Daten durch die Geheimdienste. Er beschäftigte sich zudem mit Ursachen und Dynamiken von Rechtsradikalismus. Das GB war thematisch und inhaltlich eng mit Heiner verbunden. Auch seine Partnerin und Weggefährtin Catherine Weber ist eine starke Verfechterin der Grundrechte, früher für das GB im Berner Stadtrat. Wir danken Heiner für sein unermüdetes Engagement für die Grundrechte, für soziale Gerechtigkeit und für Solidarität. Das GB wird sich im Sinne von Heiner weiterhin für eine starke Demokratie, für eine sozial gerechte und ökologische Gesellschaft engagieren. Im Namen des GB: Hasim Sancar, Grossrat Grüne Bern

Das GB setzt sich auf allen Ebenen für mehr soziale und ökologische Politik ein. Dabei zeigt sich, wie sehr Stadt und Kanton voneinander abhängig sind. Eine starke GB-Politik ist nur dann möglich, wenn wir die beiden Ebenen konsequent zusammen denken.

grün.: Wie würdet ihr das schwierige Verhältnis zwischen bürgerlicher Kantonspolitik und linksgrüner Stadtpolitik beschreiben?

● **Ursina Anderegg, GB-Stadträtin:** In der Stadt Bern könnten wir viel mehr linksgrüne Anliegen umsetzen, wenn uns der Kanton nicht bremsen würde. Die kantonale Abbaupolitik trifft die Stadt in vielen Bereichen stark. Wir müssen diese immer wieder mit städtischen Mitteln abfedern. Z.B. wohnen Menschen, die von Armut betroffen oder bedroht sind, vor allem in den Städten. Es ist eine zentrale Aufgabe des Staates, Armut zu bekämpfen. Wenn der Kanton Steuern senkt, mindert dies gleichzeitig Mittel in der Stadt.

● **Natalie Imboden, Grossrätin Grüne:** Die bürgerliche Steuerpolitik zielt darauf, den Staat auszuhungern. Das trifft immer die Schwächsten in der Gesellschaft. So müssen beispielsweise die Unternehmen seit 2021 15 % weniger Steuern bezahlen. Damit tragen sie immer weniger zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben bei. Besonders stossend ist, dass heute gerade jene Firmen deutlich weniger Steuern bezahlen, die an der Covid-Pandemie verdient haben: Onlinehandel und Pharma. Dazu kommen Steuersenkungen bei den natürlichen Personen nach dem Giesskannenprinzip. Davon profitieren die hohen Einkommen am meisten. Unter dem Strich fehlen dem Kanton so langfristig Einnahmen. Abbaupolitik ist die Folge. Im Grossen Rat kämpfen wir gegen diese Logik.

Wo in der städtischen Sozialpolitik wird die kantonale Abbaulogik spürbar?

● **Ursina Anderegg:** Zum Beispiel beim erhöhten Druck auf die Sozialhilfe. Aber auch in anderen Bereichen setzt der Kanton immer engere Rahmenbedingungen. So etwa mit dem Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung. Dahinter steckt eine Marktlogik, die für viele soziale öffentliche Angebote wie Kitas, Gesundheitsversorgung etc. hoch problematisch ist. Subjektfinanzierungen bringen öffentliche und private Angebote in Konkurrenz,



Natalie Imboden und Ursina Anderegg diskutieren vor dem Rathaus, wo die beiden Parlamente tagen

was die Qualität senkt und Versorgungslücken fördert. Zudem wird in der Abgeltung für Kitas gespart. Oder im Asylwesen werden die Regionalpartner – also auch die Stadt – je nach «Integrationserfolg» der Asylsuchenden abgegolten. Die Liste ist lang. Die Menschen in der Stadt Bern spüren diese neoliberale Politik hautnah.

Wo und wie können wir denn auf der kantonalen Ebene etwas bewirken?

● **Natalie Imboden:** Wie wir mit dem erfolgreichen Referendum gegen Kürzungen in der Sozialhilfe gezeigt haben, können wir Sozialabbau verhindern. Für Verbesserungen braucht es politische Allianzen. Ein positives Beispiel ist die VPOD-Petition «Kita ist kein Kinderspiel», die Verbesserungen in der Qualität und bei den Arbeitsbedingungen in der Kinderbetreuung fordert. Ein erster Erfolg ist, dass ab 2022 Praktikant_innen nicht mehr an den Betreuungsschlüssel angerechnet werden dürfen und es eine Pflicht für Gesamtarbeitsverträge gibt. Für Verbesserungen bei der Armutsbekämpfung braucht es offensive Pro-

jekte wie die Einführung eines kantonalen Mindestlohns oder gezielte Leistungen für armutsbetroffene Menschen und insbesondere Familien.

Auch bei der Umweltpolitik möchte die Stadt viel weiter gehen als der Kanton. Nach der klaren Annahme des Klimaartikels in der Kantonsverfassung sollte jetzt einiges passieren. Wo liegen da die Probleme?

● **Natalie Imboden:** Der Entwurf für das neue Energiegesetz ist leider völlig ungenügend. Mit dem Schwung der gewonnenen Klimaabstimmung muss der Vorschlag jetzt dringend verbessert werden. Im Kanton Bern sollte jetzt rasch ein Verbot von Öl- und Gasheizungen kommen. Der Kanton Glarus hat es vorgemacht und den Einbau fossiler Heizungen verboten. Bei der Förderung der Solarenergie macht unsere Initiative Druck. Es braucht ganz einfach viel mehr Investitionen in erneuerbare Energien.

● **Ursina Anderegg:** Der Gemeinderat hat 2019 den Klimanotstand ausgerufen, aber die Umsetzung der Massnahmen geht auch aufgrund der städtischen

Sparpolitik nur schleppend voran. Dabei hätte die Stadt klare Ziele: Bis 2035 sollen z.B. 70 % des Wärmebedarfs mit erneuerbarer Energie statt mit Öl und Gas gedeckt werden. Ein griffiges kantonales Energiegesetz wäre da eine wesentliche Unterstützung. Wir hoffen auf gute neue Instrumente und mehr Autonomie für die Gemeinden.

Wenn Stadt und Kanton im Clinch sind, kommt immer wieder die Forderung nach einem Stadtkanton. Wäre es eine Lösung, wenn die Stadt ein eigener Kanton wäre?

● **Ursina Anderegg:** Nein. Ich hatte diesen Reflex zwar auch schon, weil kantonale (und nationale) Einschränkungen oft frustrierend sind. Aber statt uns abzuschotten, sollten wir versuchen, unsere politischen Lösungen anderen Gemeinden im Kanton zugänglich zu machen.

● **Natalie Imboden:** Ein Stadtkanton wäre der falsche Weg. Viel wichtiger ist es, dass sich die Städte und Agglomerationen besser vernetzen und gemeinsam auftreten. Es braucht Allianzen für fortschrittliche soziale und ökologische Projekte.

Interview: Markus Heinzer, Redaktion grün.

AKTIONEN



Liebe Leserinnen und Leser
Bald soll das «grün.» ein neues Gewand bekommen. Habt ihr Ideen oder Wünsche für die Zukunft des «grün.»? Meldet diese doch gerne beim Sekretariat (info@gbern.ch) oder mit den QR-Code. Die Redaktion

Das Potenzial der Fusion für unsere linksgrüne Politik

Vor einem Jahr haben die Parlamente in Bern und Ostermündigen die Fortführung von Fusionsverhandlungen beschlossen. 2023 sollen die Stimmberechtigten über die Fusion entscheiden, 2024 bereits gemeinsam wählen. Ist die Fusion nur ein technischer Prozess, den wir hinter uns bringen müssen? Oder hat die Fusion Potenzial für die linksgrüne Politik?

An einer GB-Mitgliederversammlung haben wir diese Fragen mit den beiden Gemeinderätinnen Franziska Teuscher (Bern, GB) und Bettina Fredrich (Ostermündigen, SP) diskutiert. In der Nachbearbeitung entstanden drei Forderungen:

1. Die grösste Herausforderung unserer Zeit ist die Klimakrise. Wir sollten die Klimapolitik der Stadt Bern auf Ostermündigen ausweiten. So können Massnahmen wie Fernwärme, Solaranlagen auf allen Dächern, Gebäudesanierungen und eine klimafreundliche Mobilitätspolitik auf einem grösseren Gebiet umgesetzt werden. Das bringt eine grössere CO2-Reduktion.

2. In Bern blockiert die Spardebatte und eine ungewisse finanzpolitische Zukunft zurzeit Vieles. Bis jetzt ist völlig unklar, wie sich die Fusion auf die Finanzen auswirkt. Die Fusion darf den Spardruck auf keinen Fall erhöhen, es braucht im Gegenteil kluge Investitionen. Hier braucht es noch viel Denkarbeit!

3. Der Stapi spricht gerne von einer «schlanken Fusion». Wegen dem extrem engen Zeitplan, möchte er auf die Einbindung der Bevölkerung weitgehend verzichten und viele Fragen erst nach dem Volkstentscheid klären. Hier fordern wir eine demokratiepolitische Kehrtwende: Es braucht mehr kluge Partizipation, damit die Fusion endlich auch in Bern ein Diskussionsthema wird. Zudem sollten wir wichtige Entscheide jetzt angehen und etwa den Gemeinderat auf 7 Sitze vergrössern und damit die demokratische Repräsentation verbessern.

Das GB wird den Fusionsprozess in diesem Sinn engagiert begleiten. Die Fusion soll Bern und Ostermündigen solidarischer, feministischer und grüner machen.

Rahel Ruch, GB-Co-Präsidentin und Markus Heinzer, GB-Vizepräsident



Die Gemeindefusion ist mehr als die Demontage von Ortseingangsschildern!

Vorstösse | Erfolge

«Text me when you get home»

● Im Frühjahr erschütterte ein Femizid in Grossbritannien die Menschen weit über die Landesgrenzen hinaus. Femizide gehören auch in der Schweiz zum Alltag. Sie werden aber selten als solche thematisiert oder gar systematisch erfasst. Dahinter liegt ein strukturelles und gesamtgesellschaftliches Problem. Mit der dringlichen interfraktionellen Motion «#TextMe WhenYouGetHome – Präventions- und Sensibilisierungsmassnahmen gegen sexualisierte Gewalt im öf-

fentlichen Raum» haben sechs neugewählte Stadträtinnen ein niederschwelliges Meldetool und eine breite Sensibilisierungskampagne gegen sexistische und sexuelle Übergriffe im öffentlichen Raum gefordert. Der Stadtrat hat die Motion mit überwältigender Mehrheit überwiesen. Ein erfreuliches Ergebnis mit bitterem Nachgeschmack: Dass solche Massnahmen überhaupt nötig sind, damit sich alle Menschen in der Stadt Bern sicher fühlen, ist erschütternd.

Jelena Filipovic, GB-Stadträtin, Geschäftsführerin GB

«Die Jugend ist unsere Zukunft!»

In der Herbstsession hat der Grosse Rat der Senkung des Stimmrechtsalters im Kanton Bern zugestimmt und eine entsprechende Verfassungs- und Gesetzesänderung angenommen. Zukünftig sollen 16- und 17-Jährige abstimmen und wählen dürfen. Bald kommt diese Vorlage nun in die Volksabstimmung.

Grün.: Hasim Sancar, die Änderung geht auf deine Motion «Jungen eine Stimme geben» zurück. Was war für dich der Grund, 2019 diese Motion einzureichen?



Hasim Sancar an der Klimademo vom 24. September

● Die Jugend ist unsere Zukunft. Zu ihr müssen wir Sorge tragen und ihr Gestaltungsmöglichkeiten und Denkräume bieten. Die 16- und 17-jährigen Menschen setzen sich heute mit zentralen Zukunftsthemen auseinander. Oft sogar aktiver als die älteren Generationen. Sie engagieren sich für Klimaschutz und Sozialpolitik, die unseren Alltag in Zukunft stärker beeinflussen werden.

Das Engagement der jungen Menschen ist nötig, denn sie suchen Antworten auf dringende und schwierige Fragen – für heute und für die Zukunft. Sie sollen ihr Wissen und ihr Interesse an der Politik ebenso aktiv an die Urne tragen dürfen, wie sie es auf

die Strasse tragen. Ich selber konnte wegen meiner Migrationsgeschichte erst nach meiner Einbürgerung abstimmen und wählen, mit 33 Jahren. So weiss ich, wie wertvoll es ist, genug früh abstimmen und wählen zu dürfen.

Man hört oft, dass die Senkung des Stimmrechtsalters vor allem den Linken zugutekommen würde. SVP und FDP stimmten im Grossen Rat fast geschlossen dagegen. Können die Grünen auf mehr Stimmen hoffen, wenn die Verfassungsänderung angenommen wird?

● Die Grünen können auf mehr Stimmen der Jugend hoffen, wenn sie sich um ihre Anliegen kümmern und sie mobilisieren. Ohne harte Arbeit gibt es weder für die Grünen noch für eine andere Partei mehr Stimmen. Dennoch bin ich froh, wenn die jungen Menschen sich engagieren und die Stimmbeteiligung erhöhen. Bei den letzten Grossrats- und Regierungsratswahlen lag die Wahlbeteiligung im Kanton Bern unter 30 Prozent. Der Regierungsrat und das Parlament wurden also eigentlich von einer Minderheit gewählt. Das ist nicht gut für unsere Demokratie.

Die Klimajugend fordert nun sogar, das Stimmrechtsalter auf 14 Jahre zu senken. Wie siehst du das?

● Das ist ein zu sportliches Ziel für Schweizer Verhältnisse. Wir sollten zuerst das Stimmrechtsalter 16 erreichen und hier Erfahrungen sammeln, bevor wir neue Ziele ins Auge fassen.

Die Stimmbevölkerung hat 2009 bereits einmal über das Stimmrechtsalter 16 abgestimmt und die Vorlage mit 75 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Wie siehst du die Erfolgchancen dieses Mal?

● Ich hoffe, dass seither nicht nur die Gletscher geschmolzen sind, sondern bei der Bevölkerung ebenso ein Umdenken bei diesem berechtigten Anliegen stattgefunden hat. Ich erwarte auch, dass die Jugendlichen selber für dieses Anliegen mobilisieren.

Interview: Stefan Dietiker, Redaktion grün.

Sei dabei!

● Save the Date

Hier findest du die Daten für unsere nächsten Mitgliederversammlungen:

12. Januar 2022

29.–30. Januar 2022 GB-Retraite in Hasliberg

Mehr Informationen zu den jeweiligen Mitgliederversammlungen erhältst du über den GB-Mailverteiler und per Post. Du bist noch nicht Mitglied? Höchste Zeit, das zu ändern! Jetzt über www.gbbern.ch Mitglied werden

● Informiert bleiben und aktiv werden

Folge uns auf Social Media

Twitter: @GruenesBuendnis

Facebook: @GruenesBuendnisBern

Instagram: @gb.bern

Trete unserem aktiv@GB-Chat bei

Du möchtest der Whatsapp-Gruppe beitreten oder mehr darüber erfahren? Dann melde dich unter info@gbbern.ch oder 079 289 06 41

● Jetzt aktiv werden!

Treffen für Neumitglieder und Interessierte finden jeweils vor den Mitgliederversammlungen statt. Egal ob du Neumitglied, an einer Mitgliedschaft interessiert oder schon lange Mitglied und noch nicht aktiv bist: Du bist herzlich willkommen, an unseren Kennenlernetreffen teilzunehmen! Melde dich unter info@gbbern.ch für das nächste Treffen an.

Mach mit!

Werde aktiv und bringe deine Fragen und Ideen ein! Unsere Arbeitsgruppen und das Sekretariat freuen sich über deine Kontaktaufnahme.

● AG Sozialpolitik

Kontakt: info.sozialpolitik@gbbern.ch

● AG Frauenpolitik

Kontakt: info.frauenpolitik@gbbern.ch

● AG Internationales und Migration

Kontakt: info.internationales@gbbern.ch

● AG Bildung

Kontakt: info.bildung@gbbern.ch

● AG Kommunikation

Kontakt: info.kommunikation@gbbern.ch

● AG macht

Kontakt: info.macht@gbbern.ch

● AG Ökologie

Kontakt: info.oekologie@gbbern.ch

● AG Wohnen

Kontakt: info.wohnen@gbbern.ch

● AG Finanzen

Kontakt: info.finanzen@gbbern.ch

● AG Polizei

Kontakt: info.polizei@gbbern.ch

Kontakt Sekretariat

Geschäftsführerin: Jelena Filipovic
Grünes Bündnis Stadt Bern
Breitenrainstrasse 59, 3013 Bern,
Postfach 2440, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern.ch, www.gbbern.ch
www.facebook.com/GruenesBuendnisBern

PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

Impressum:

Die Zeitschrift grün.
für Mitglieder und Sympathisant_innen des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.
Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Andi Geu, Jelena Filipovic,
Markus Heinzer, Milena Geiser, Stefan Dietiker,
Lisia Bürgi
Lektorat und Korrektorat:
Christine Michel, Marius Christen, Orlando Eberle
Fotos:
Manu Friedrich, Ben Zumbühl,
Markus Heinzer
Gestaltung:
Fritz Bürki
Druck:
Bubenberg AG Bern
Redaktionsschluss
grün. Nr.46: 28.12.2022

SCHLUSS

Wer pflegt mich im Jahr 2030, lieber Bundesrat?

Mit dieser Frage trat 2017 der Schweizer Berufsverband für das Pflegefachpersonal nach der Einreichung der Pflegeinitiative an die Öffentlichkeit. Er wollte damit auf den Pflegenotstand aufmerksam machen – deutlich vor der Zeit der Covid19-Pandemie. Zu massiven Überzeiten, wechselnden Dienstplänen, Zeitdruck und zermürbender Schichtarbeit in den Gesundheitsberufen kommt die Belastung durch den Umgang mit Menschen in schwierigen Situationen hinzu. Eine Aufgabe, die viele mit Geduld und Hingabe jeden Tag neu annehmen. Das verdient Applaus, ja. Vor allem verdient es aber endlich genügend Wertschätzung in Form von fairen Arbeitsbedingungen. Dies zeigt auch die hohe Anzahl derjenigen, die aus dem Beruf aussteigen.

Bis 2030 werden in der Schweiz weitere 65'000 Pflegepersonen fehlen. Eine Anpassung des Systems an die Demografie ist nötig und dazu braucht es die Pflegeinitiative. Sie fordert neben mehr Ausbildungsstellen auch Massnahmen zur Sicherung der Pflegequalität und fairere Arbeitsbedingungen. Seien wir ehrlich, Gesundheit und Selbständigkeit wünschen wir uns alle am meisten, genauso wie eine gute Betreuung im Alter. Dies ist wichtig für eine gut funktionierende Gesellschaft und nur möglich dank der Menschen, die uns pflegen. Wir brauchen jetzt Massnahmen, um die Würde und Lebensqualität der Gesundheitsangestellten – und letztendlich von uns allen – sicherzustellen. Es braucht deshalb ein klares Ja zur Pflegeinitiative!



Mirjam Arn, Ärztin, Kandidatin
Grossratswahlen 2022